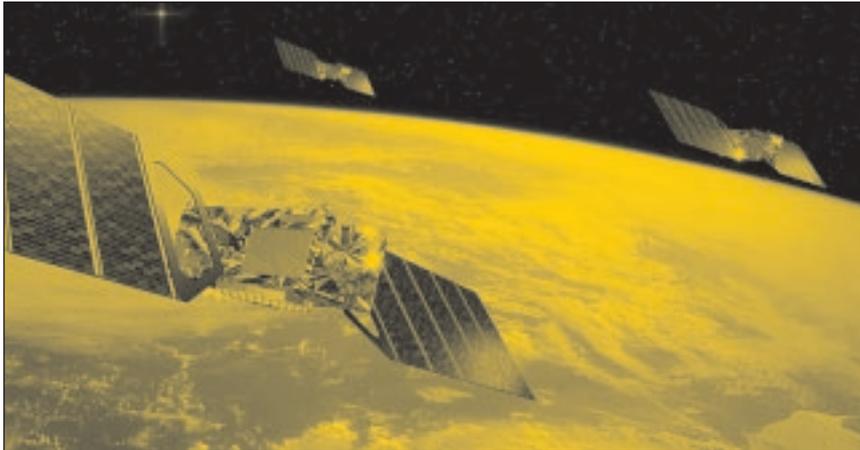


Satellitenavigation dient vor allem militärischen und Repressionszwecken

Krieg im Weltraum

Als ziviles Programm zur Satellitenavigation wird Galileo in den Broschüren der Europäischen Kommission gepriesen, das Züge am Entgleisen und Schiffe am Untergehen hindern sowie Alzheimer-PatientInnen über die Straße helfen soll. Von militärischen Nutzungen keine Rede. Dabei ist Satellitenavigation eine Schlüsseltechnologie für den Hightech-Krieg des 21. Jahrhunderts.



■ **Schöne neue Hightech-Welt:** 30 Satelliten schweben gleichmäßig und präzise verteilt in 20.000 Kilometern Höhe über der Erdoberfläche, jeder von ihnen ist mit einer hochgenauen Atomuhr ausgestattet. Überall auf der Welt wird sich aus den Signalen, die die Satelliten senden, nicht nur die fehlerfreie Uhrzeit berechnen lassen, sondern auch die zentimetergenaue Position. Und all das streng zivil, als »eines der größten technologischen Projekte im Dienste der Bürger«, wie EU-Kommissarin Loyola de Palacio schwärmt. »Wenn ein Nutzer heute hofen kann, dank GPS die Straße zu ermitteln, in welcher sich sein Auto befindet«, heißt es in einer jüngst erschienenen Werbebroschüre der EU-Kommission, »wird er mit Galileo herausfinden können, in welcher Garage es steht«.

Schön und gut, aber wer sollte daran eigentlich Interesse haben? Die Förderung des Alkohols im Straßenverkehr gehört bisher nicht zu den Prioritäten der EU-Kommission, und wer trotzdem mal ein Gläschen über den Durst trinkt, dem kann mit dem US-amerikanischen GPS-System geholfen werden, das es gestattet, die Position auf etwa 20 Meter genau zu berechnen. Tatsächlich ließe sich auch mit GPS noch genauer orten: Atmosphärische Störungen sind dafür verantwortlich, dass das Signal verzerrt auf der Erde ankommt; doch diese Störungen lassen sich ausfiltern. Für militärische Zwecke praktizieren die US-Streitkräfte dies auch. Doch anderen Staaten stellen die USA – abgesehen von Ausnahmefällen wie dem Kosovokrieg – das Signal nur in »gestörter« Qualität zur Verfü-

gung. Hier liegt die Erklärung, warum die EuropäerInnen der Meinung sind, sie bräuchten nun ein Milliarden teures Satellitenavigationssystem: Nicht nur in den Büros und in den Wohnzimmern der UserInnen hat eine Informationsrevolution stattgefunden, auch und vor allem für die Militärs gilt mehr denn je, dass Wissen Macht ist.

Längst erkannt hat das Gerhard Schröder. Am 03.02.2001 wurde dem Kanzler auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik vorgehalten, die europäischen Staaten riskierten, von Informationen der USA abhängig zu werden und überhaupt nicht mehr eigenständig agieren zu können. Darauf antwortete Schröder: »Ich weiß nicht, ob Sie mit der (...) Analyse in diesem Sektor Recht haben. Ich weiß von erheblichen Möglichkeiten, die die europäische Rüstungsindustrie in diesen Fragen hat. Sie sollten das Galileo-Programm, das wir auf den Weg gebracht haben, auch nicht unterschätzen. Es hat sowohl einen zivile als auch eine militärische Komponente.« Worin diese militärische Komponente besteht, das lässt sich unschwer an den militärischen Nutzenanwendungen des konkurrierenden GPS ablesen: Von der Führung der mit tragbaren Computern ausgestatteten Hightech-Bodentruppen bis zur Steuerung von Cruise Missiles und so genannten Smart Bombs gibt es kaum eine Komponente des modernen Kriegs, die ohne Satellitenavigation denkbar wäre. Mit dem Aufbau der so genannten Krisenreaktionskräfte der EU und der Aufrüstung auch im Bereich der Hochtechnologie-Distanzwaffen – so etwa dem Marschflug-

körper Taurus, von dem allein Deutschland 685 Stück kauft – besteht dafür auch in Europa Bedarf. Die ergänzenden Bilder dazu liefern genuine Spionagesatelliten wie der von der Bundeswehr betriebene »SAR-Lupe«.

Kein Wunder also, dass sich die europäischen Staats- und Regierungschefs ausgerechnet auf ihrem Gipfel in Barcelona am 16. März unter dem noch frischen Eindruck des US-Sieges in Afghanistan entschlossen, das Galileo-Projekt zu realisieren. Zuvor hatten sie fast zwei Jahre lang gezögert, der Satellitenavigation zuzustimmen.

Auch der so genannte Kampf gegen den Terrorismus, der unter der derzeitigen spanischen EU-Präsidentschaft alle Politikbereiche durchdringt, dürfte weiteren Rückenwind für Galileo verursacht haben. Denn auch für Überwachungszwecke ist Galileo mindestens so gut zu gebrauchen wie sein Vorbild GPS. Und waren europäische Überwachungsbehörden bisher darauf angewiesen, dass die USA speziell codierte Militär- und Polizeifrequenzen freigaben, wenn etwa ein Auto mit einem GPS-Sender ausgestattet werden sollte, so können sie nun ganz selbstständig entscheiden. Mit dem Galileo-Start in sechs Jahren will Europa vollständig unabhängig werden von den schwierigen Verbündeten in Übersee – egal, ob es nun um äußere Gewaltanwendung oder Repression nach innen geht. Von Anfang an protestierten die USA gegen die ehrgeizigen europäischen Pläne. Vornehm tun vor allem die EuropäerInnen nach wie vor so, als gehe es vor allem um wirtschaftliche Interessen auf dem angeblichen Zukunftsmarkt Satellitenkommunikation. Die EU-Kommission geht gar mit einem Bericht hausieren, der zu dem Schluss kommt, mit dem Satellitensystem ließen sich Gewinne in Höhe von zehn Milliarden Euro jährlich erwirtschaften – aus dem Verkauf von Chips und Lizenzgebühren für Diensteanbieter. Schließlich sei Galileo präziser und ausfallsicherer als GPS und werde zudem für PrivatanwenderInnen gratis zur Verfügung gestellt. Auch GPS ist zwar gebührenfrei, doch, so argumentiert die Kommission, man kann ja nie wissen: Wenn die USA nun plötzlich Gebühren

GPS

Global Positioning System; von den USA betriebenes System von 24 Navigationssatelliten; zurzeit der Standard für Standortfeststellung – die eigene sowohl wie diejenige von Personen und Fahrzeugen, welche von Polizei oder Geheimdiensten beobachtet werden.

Galileo

Die europäische GPS-Konkurrenz soll 2008 einsatzfähig sein und etwa 30 Satelliten einsetzen. Die Haupt-Investoren sind die EU mit 350 Millionen Euro und die European Space Agency (esa) mit 550 Millionen. Ab 2006 soll das System von einer halbprivaten Trägergesellschaft betrieben werden.

Galileo-Homepage der Europäischen Kommission.

http://europa.eu.int/comm/energy_transport/gal_en.html

Gerhard Piper über die wachsende Bedeutung von Satelliten in der modernen Kriegsführung.

<http://www.it-secure-x.de/article.php?sid=50>

Otfried Nassauer: »Europa – Militärisch und sicherheitspolitisch auch in absehbarer Zukunft keine Macht? Die ehrgeizigen Ambitionen der EU.«

<http://www.bits.de/public/ndr4/sunds291201.htm>

Regina Hagen und Jürgen Scheffran über Europäische Weltraummilitarisierung.

<http://www.hsflk.de/abm/forum/hagsch.htm>

Die SWR-Sendung »Saldo« zum Thema »Krieg der Sterne«.

http://www.swr.de/saldo/archiv/2001/12/03/beitrag_4.html

Informationen zum europäischen Cruise Missile Taurus.

<http://www.fas.org/man/dod-101/sys/missile/row/taurus.htm>

Englischsprachige Erklärung der Funktionsweise von GPS, die im wesentlichen auch für Galileo gilt.

<http://www.howstuffworks.com/gps.htm/printable>

Erklärung der Funktion von Marschflugkörpern (ebenfalls auf Englisch)

<http://www.howstuffworks.com/cruise-missile.htm/printable>

▶▶▶

ISSN: 1439-5363

2.02 Denkpause 5

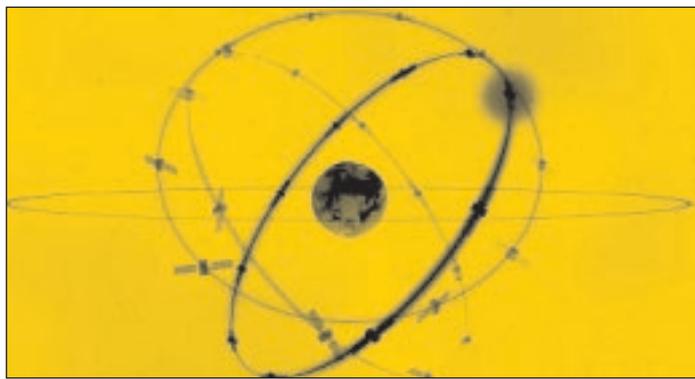
**Ilka Schröder zu
Militär & Krieg:**
[https://www.ilka.org/
themen/mk.html](https://www.ilka.org/themen/mk.html)

**Wolfgang Burger
Projekt Dark Eye**

In Karlsruhe wird ein Mann vom Zug überfahren. Er ist gekleidet wie ein Obdachloser und Kriminaloberkommissar Petzold und sein Team ermitteln zunächst in diese Richtung. Bald stellt sich heraus, dass sich der Militärische Abschirmdienst für den Toten interessiert...

Eine kleine Softwarefirma hat einen wichtigen Auftrag zur satellitengestützten Verkehrsbeobachtung bekommen, der schiefe gehen droht, weil ein Mitarbeiter nach dem anderen unter merkwürdigen Umständen erkrankt oder verunglückt. Der Entwickler schöpft langsam Verdacht, dass er in Wahrheit an der Entwicklung eines modernen Spionagesatelliten mitarbeitet. Der oft zwischen den einzelnen Handlungsbeben wechselnde Krimi ist interessant für alle, die für eine nähere Beschäftigung mit dem Thema erst mal einen schönegeistigen Einstieg brauchen.

Espresso Verlag, Berlin.
ISBN 3-88520-921-7



verlangen? Bei den aufrechten EuropäerInnen ist so etwas selbstverständlich ausgeschlossen. Auch mit der Ausfallsicherheit ist das so eine Sache: Auf der einen Seite argumentiert man in Brüssel zwar, bisher sei man von den USA abhängig, denn diese könnten – etwa im Fall eines Krieges – GPS einfach abschalten. Andererseits hat die EU genau das selbst vor. »Da eine Nutzung von Galileo in böswilliger Absicht eine Gefährdung der europäischen Interessen darstellen könnte«, heißt es in der Mitteilung der EU-Kommission zu Galileo, »sind vorbeugende und abhelfende Maßnahmen vorzusehen (Entzug des Dienstes, Ausfuhrbeschränkungen für bestimmte Komponenten).«

Sprich: Abschalten, genau wie die USA dies während allfälliger regionaler Konflikte tun. Was bleibt also von den angeblichen Vorteilen von Galileo gegenüber GPS? Die amtliche Normalzeit wird schon jetzt über GPS-Satelliten verbreitet. Die Behauptung der Vizepräsidentin der EU-Kommission, Galileo stelle »eine technologische Revolution dar, die mit der durch den Mobilfunk ausgelösten vergleichbar ist«, weil mit Galileo »die gleichzeitige Bestimmung von Standort und Zeit ermöglicht« werde, gehört also

ins Reich der Legende.

Etwas ehrlicher war da Palacios Landsmann, der spanische Transport-Minister und derzeitige Vorsitzende des Verkehrsrates, Francisco Alvarez-Cascos: Es gebe keinen Grund, sagte er Ende März, nachdem der Rat sich endgültig für Galileo ausgesprochen hatte, warum militärische Anwendungen nicht zum Leistungsspektrum von Galileo gehören sollten, wenn dabei die Gesetze respektiert würden. Ohne Galileo würde die EU den USA »untergeordnet« und also »nur teilweise souverän« bleiben. In dieselbe Kerbe hatte zum Jahresende 2001 schon der ehemalige schwedische Premierminister Carl Bildt geschlagen: »Wenn Europa als Partner der USA wirklich ernst genommen werden will«, schrieb er in der Financial Times, »und sich gleichzeitig für seine Wirtschaftsentwicklung maßgebende Kapazitäten sichern will, muss es beweisen, dass es sowohl über den Willen als auch über die Mittel zur Schaffung einer Präsenz im Weltraum verfügt. Galileo ist in vielerlei Hinsicht ein Lackmустest für die EU.«

Das klingt sehr nach einem Minderwertigkeitskomplex der EuropäerInnen,

Wer die DENKPAUSE im Abo bekommen will, kann sie unter abodatei@ilka.org oder den im Impressum genannten Kontaktdaten kostenlos bestellen – Abbestellungen bitte an die gleiche Adresse.

die neidisch auf den High-Tech-Staat USA starren. Doch die EU will nicht auf Dauer in der Rolle des ewigen Zweiten verharren. Das bestätigte am 9. April im Plenum des Europäischen Parlaments auf seine etwas verquaste Art der EU-Kommissar für Außenbeziehungen, Chris Patten: Er habe »über die wichtige Debatte gelesen, ob Europa mehr ausgeben sollte für präzisionsgesteuerte Raketen, für Spezialkräfte, für Lufttransport-Kapazitäten, für Militär-Kommunikation«.

Ein »sehr bedeutendes intellektuelles und politisches Argument« scheine ihm dabei zu sein, »dass, wenn wir nicht bereit sind, hier mehr auszugeben, zu einem bestimmten Zeitpunkt die Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen, was die unterschiedliche technologische Kapazität angeht, unweigerlich zur Destabilisierung führen müssen.« Mit anderen Worten: Wenn die USA nicht ja sagen zur EU-Aufrüstung im Weltraum und auf der Erde, dann kracht's in den Beziehungen zwischen dem Global Player USA und seinem ehrgeizigen Konkurrenten EU. ◀

25 Millionen Euro für Flüchtlingsabwehr

■ Das Europäische Parlament befrwortet einen Vorschlag des Rates über ein Aktionsprogramm für Verwaltungszusammenarbeit in den Bereichen Außengrenzen, Visa, Asyl und Einwanderung. Die Initiative bedeutet nichts anderes als eine Aufrüstung der Festung Europa. Im Hinblick auf die Osterweiterung bildet das sogenannte ARGO-Programm die Anschubfinanzierung für ein »äquivalentes Schutzniveau« an den neu entstehenden EU-Außengrenzen.

Mit 25 Millionen Euro für die nächsten fünf Jahre soll die Effizienz der Kontrollen ausgebaut und die Grenzen undurchdringlicher gemacht werden. Die Ab-

schnittungspolitik hat es bereits jetzt faktisch unmöglich gemacht, in der EU Schutz vor Verfolgung zu suchen und zu finden. Auf der Flucht sterben jedes Jahr hunderte Menschen an Europas Grenzen. Gelingt es ihnen dennoch, das Territorium der EU zu erreichen, sind sie institutionalisierter Diskriminierung durch die europäischen Staaten und den rassistischen Ressentiments der Bevölkerung ausgesetzt.

Der Zugang zur EU wird infolgedessen durch ein marktförmiges System der Fluchthilfe geregelt, dass sich durch eine weitere Abschottung lediglich verschärft wird. Die BefürworterInnen der Ab-

schnittung sind mitverantwortlich für weitere Todesfälle.

Sämtliche Anmerkungen im ARGO-Programm und in dem parlamentarischen Bericht des konservativen niederländischen Abgeordneten Arie Oostlander, die sich für Flüchtlinge aber gegen die so genannten »Schleuser« richten, sind bestenfalls Heuchelei – schlimmstenfalls Beihilfe zum tödlichen System der Grenzkontrollen. Wer sich für Flüchtlinge einsetzen will, muss die Heuchelei der europäischen Grenzdebatte durchbrechen und offene Grenzen für alle fordern. Für den Abriss der EU-Grenzbarrikaden! Für die Unterstützung der Fluchthilfe in die EU! ◀

Der Oostlander-Bericht
kann demnächst unter <http://www.europarl.eu.int> mit der Dokumentennummer A5-0085/2002 abgerufen werden.

Mit der Ausstattung der EU-Beitrittsstaaten ist das Ende der Fahnenstange bei der Abschottung noch nicht erreicht. Im Rahmen einer Tagung der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP, Think-Tank der Bundesregierung) wurde bereits konstatiert, dass die Zusammenarbeit mit den neuen EU-Nachbarn sehr wichtig bleiben wird und neuer Initiativen bedarf. Ende Mai wird deshalb die italienische Regierung eine Machbarkeitsstudie zur Einrichtung einer gemeinsamen EU-Grenzpolizei vorstellen. Eine Mitteilung der Europäischen Kommission zur sogenannten »illegalen Immigration« hat weitere Initiativen angekündigt.

Ilka Schröder zu »Festung Europa«
[https://www.ilka.org/
themen/fe.html](https://www.ilka.org/themen/fe.html)

Denkpause

02.02
22.04.02
Nr. 18

GUE/NGL

Vereinigte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT

- Deutsche Soldaten gegen Israel? > S. 2
- Krieg im Weltraum > S. 5
- 25 Millionen Euro für Flüchtlingsabwehr > S. 6

Die Enkel machen weiter

Deutsche Soldaten gegen Israel?



Berlin, 13.04.2002

Foto: www.krasse-zeiten.de

Unter dem Jubel der Umstehenden wird auf der Straße »Unter den Linden« eine israelische Flagge verbrannt. Im Radio hört man von einer »friedlichen Demonstration«. Auf der Straße: »Wir wollen keine – Judenschweine« und »Heil, heil, heil Hitler.« Unter dem Aufruf zu der Demo, bei der solche Ereignisse zu erwarten waren, stehen: Linksruck, Friedensinitiative Wilmersdorf, Deutscher Friedensrat e.V., Frauen-NetzAttac Berlin, SAV, DKP. [...Seite 2]

Satellitenavigation dient vor allem militärischen und Repressionszwecken

Krieg im Weltraum

[...Seite 5]

25 Millionen Euro für Flüchtlingsabwehr

[...Seite 6]



Lieber LeserIn,

im Gegensatz zu vielen anderen Menschen werden Sie wahrschein-

lich kein Problem haben, die Auswirkungen der Entscheidungen des Europäischen Parlaments auf Ihre Lebenssituation einzuschätzen. Vor allem politikmüde DrogenkonsumentInnen haben diejenigen Abgeordneten wohl im Blick, die eine Unterscheidung zwischen »ernsten« und normalem Drogenhandel fordern. Wenn auf einer Party gute Stimmung ist, kann wohl kaum von ernstem Handel gesprochen werden. Polizeiliche Durchsuchungsaktionen müssen bis zu einem Stimmungsabfall warten, die DrogenhändlerInnen bekommen langsam Muskelkater in den Backen, vom andauernden Lachen. Wer auf der Straße dealt sollte immer eine Packung Lachgas dabei haben, damit im Zweifelsfall jeder Verdacht des ernstesten Handels ausgeräumt werden kann.

Bei der Lektüre der Denkpause sollten Sie auf alle Fälle wegen der ernsten Texte keine Drogen konsumieren oder gar mit ihnen handeln. Das ist nicht nur für Ihr Strafregister wichtig. Falls Sie am ersten Mai demonstrieren wollen, müssen Sie dieses Jahr mehr denn je einen klaren Kopf behalten. Seit einigen Jahren geht man erst mal einen Naziaufmarsch verhindern, um dann in Kreuzberg für die weitergehenden Ziele zu demonstrieren. Dieses Mal müssen mitdenkende Linke wohl überlegen, ob sie auch in Kreuzberg gegen den antisemitischen Mob demonstrieren müssen. Für eine linke Demonstration ist nämlich ein »zionistenfreier Block« angedacht, in dem hitlergrüßende Israelflaggenverbrenner eine neue Heimat finden und von »Wir wollen keine – Judenschweine« rufenden AntiimperialistInnen angefeuert werden.

Von denjenigen unter Ihnen, die die DENKPAUSE nach dieser Ausgabe abbestellen werden, möchte ich mich hiermit noch verabschieden.

Ihre Ilka Schröder

Die Enkel machen weiter

Deutsche Soldaten gegen Israel?

Der Redaktionsschluss für diesen Artikel war der 13.04.2002.

Alle Fotos (außer Seite 2): www.krasse-zeiten.de

Israel 2017 vernichtet?

Der US-amerikanische Politologe Andrej S. Markovits zeigt auf die Frage nach der Situation Israels im Jahr 2017 folgendes Negativszenario auf, in dem Israel vernichtet wurde. Mit seiner bereits vor einem Jahr verfassten Analyse dürfte er leider nicht sehr weit von der Realität entfernt sein:

»Seit den späten neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts hat sich Europa Zug um Zug gegen die USA definiert und unter dem Druck vor allem von Franzosen und Deutschen schließlich seinen 'natürlichen' Verbündeten in Russland gefunden, welches von einer nationalbol-schewistischen Junta regiert wird. Den Westeuropäern und Russen gelingt es, eine Öffentlichkeit in Europa herzustellen, in der zunehmend die 'Zähmung' Israels gefordert wird und in der – gestützt auf eine Mischung aus klassischem europäischen Antisemitismus sowohl der Linken als auch der Rechten und aus einem neuen von muslimischen Minderheiten geförderten Antijudaismus – eine etwaige Eliminierung Israels nicht mehr als völlig absurd oder illegitim erscheint. Zusammen mit Frankreich unterstützen die Russen den Irak, der inzwischen ABC-Waffen besitzt und bereits auch gegen die Kurden eingesetzt hat. Im Bündnis mit den Deutschen ist Russland auch im Iran voll engagiert, welcher ebenfalls, wie der Irak, ABC-Waffen besitzt. Was den Irak und seinen Rivalen Iran zumindest noch für einige Zeit einigt, ist ein gemeinsames Ziel: die 'Endlösung der Juden-



Fast ohne Widerstand formiert die EU eine militärische Eingreiftruppe für den Nahen Osten. Das Europäische Parlament (EP) hat bereits die Mitgliedsstaaten aufgefordert, ihre möglichen Beiträge für einen solchen Einsatz zu präsentieren. Das Assoziationsabkommen EU-Israel soll nach dem Willen des EP ausgesetzt werden, während Zahlungen und politische Unterstützung für die PalästinenserInnen erhöht werden.

■ Die Schuld an der Eskalation

wird von der europäischen Politik und von den Medien allein auf der Seite Israels ausgemacht. Unvorstellbar wären Gedanken über eine Eingreiftruppe, hätten »nur« die organisierten palästinensischen SelbstmordattentäterInnen ihre Morde an Israelis ausgeführt. Krieg scheint für viele europäische AkteurInnen erst in dem Moment zu beginnen, in dem der Staat Israel zum Schutz seiner BürgerInnen gegen den Terror vorgeht.

Schwierig bestreitbar ist dabei, dass bisher in jedem Krieg von jeder Armee auch Unschuldigen und weniger Schuldigen Leid zugefügt wurde. Verglichen mit den Kriegsstrategien anderer Staaten ist das israelische Vorgehen in den palästinensischen Gebieten jedoch weder in die eine, noch in die andere Richtung besonders herausstechend. Die scharfen Verurteilungen gegenüber Israel zeigen, auf welcher Seite sich die europäische Politik und Öffentlichkeit positioniert.

Es ist aber nicht schwer vorstellbar, wie die EU reagiert hätte, wäre sie selbst von solchen Attentaten betroffen und die Autoritäten in den Herkunftsgebieten der Terroristen würden die Attentate fördern, statt sie zu unterbinden: Die Bomben-

bauwerkstätten wären sicher aus der Luft angegriffen worden. Die Zahl der eigenen Opfer wird so minimiert, während die Toten auf der Gegenseite als Kollateralschaden verbucht werden können. Bei dieser Strategie entstehen außer ein paar nächtlichen Blitzen kaum Bilder für das Fernsehen.

Kaum ein Journalist wird die Einschläge der Bomben und ihre Opfer vom Boden aus filmen – die Gefahr selbst getroffen zu werden, ist zu groß.

Die gebetsmühlenartig vorgetragene Feststellung einer »Gewaltspirale« im Sinne der Parole »Gewalt erzeugt Gegengewalt, das ist eine alte schreckliche Logik« (INFORMATIONSTELLE MILITARISIERUNG) kann im Nahostkonflikt aber für eine vertiefte Analyse nicht ausreichen. Israel war von seinen Nachbarstaaten stets militärisch bedroht, auch – und gerade dann – wenn es selbst keine Gewalt anwendete. Hätte Israel in seiner Geschichte auch nur einen einzigen Krieg verloren, es würde heute nicht mehr existieren. Während der Friedensbewegung wohl noch eine gutmeinende Grundhaltung attestiert werden kann, muss die immer militaristischer wer-

Die europäischen Sozialdemokraten, die 1999 während ihrer Regierungszeit in allen wichtigen EU-Staaten den Angriffskrieg gegen Jugoslawien geführt haben, erklären jetzt, das Verbleiben der Arbeiterpartei in der israelischen Regierungskoalition sei mit der weiteren Mitgliedschaft in der sozialistischen Internationale unvereinbar.

dende EU für die hinter einer ähnlichen Rhetorik stehenden Ideen schärfer kritisiert werden. Mit der Drohung einer Eingreiftruppe wird von der EU die Forderung nach einem israelischen Rückzug aus den palästinensischen Gebieten einschließlich Ramallah verknüpft. Palästinensische Attentate werden von der EU zwar verbal verurteilt, ihre Fortsetzung und Intensivierung aber stets nur als Konsequenz der israelischen Politik verurteilt. Sicherheit für Israel gebe es nur für territoriales Entgegenkommen, lautet seit Jahren die Devise arabischer Staaten, der EU, der UN und anderer. Die Erfüllung territorialer Forderungen hat sich für die israelische Regierung jedoch als schädlich erwiesen. So setzte Israel im Januar 2001 die Forderungen der UN-Resolution 425 nach einem Rückzug aus dem Südlibanon um, ohne dass aber die Angriffe der Hisbollah auf

gehört hätten. Für das Europäische Parlament scheinen die von Syrien und Iran unterstützten Attacken der Hisbollah auf Israel aber keine Erwähnung wert zu sein. Oft genug haben palästinensische Terrorkommandos gerade dann zugeschlagen, wenn es einen Annäherungsprozess zu torpedieren galt. So erklärte Marwan Barghuti, Chef der Tanzim-Milizen in Ramallah und der El-Aksa-Brigaden und noch dazu ein starker Mann von Arafats Fatah-Partei, gegenüber dem zweiten Kanal des israelischen Fernsehens, ein Anschlag in Jerusalem sei keine Rache gegen Israel oder legitimer Widerstand gegen die Besatzer gewesen, sondern eine Antwort auf die Absicht der US-amerikanischen Regierung und des Generals Zinni, den Palästinensern einen Waffenstillstand aufzuzwingen zu wollen (N-TV 21.+22.03.2002).

Entgegenkommen wirkungslos



Ein anderes Selbstmordattentat, das Anfang März im Jerusalemer »Café Moment« elf israelische Todesopfer forderte, tötete treffsicher im eher linken, laizistischen israelischen Milieu solche Menschen, die sich überproportional der Friedensbewegung zurechnen würden (JUNGLE WORLD, 20.03.2002).

Im Israel der letzten Monate verging kaum eine Woche, ohne dass palästinensische SelbstmordattentäterInnen Menschen ermordeten oder verstümmelten. Täglich müssen sich Israelis fragen, ob sie noch lebend nach Hause zurückkehren, wenn sie auf die Straße gehen. Setzt man die Menge der Todesopfer in ein Verhältnis zur Gesamtbevölkerung Israels und der USA, sind die Opferzahlen durchaus vergleichbar mit dem Angriff auf das World Trade Center in New York.

Von manchen Deutschen und EuropäerInnen wird nun konstatiert, dass sich Israel selbst in diese Lage begeben habe. Ariel Scharon sei ein Scharfmacher, sagen einige, er würde einen »totalen Krieg« ankündigen, schreibt – in einer nicht nur tendenziösen, sondern falschen Übersetzung – die BERLINER ZEITUNG in ihrer Schlag-

Holocaust-Vergleiche aus Deutschland

zeile. Die israelische Politik sei »faschistisch«, mailt mir ein Besucher meiner Homepage, Norbert Blüm spricht von einem »Vernichtungskrieg«. Mitglieder einer deutsch-jüdischen Jugendorganisation, die am Berliner Wittenbergplatz anlässlich des Holocaust-Gedenktages die Namen von 55.000 ermordeten Berliner Juden und Jüdinnen vorlesen, werden von deutschen Aktivbürgern angepöbelt, warum sie denn nicht die Namen toter PalästinenserInnen vorlesen würden, statt immer noch der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken. Ein paar Wochen zuvor war fast am gleichen Ort während einer Demonstration unter den Augen der deutschen Polizei und unter dem Jubel der Umstehenden eine mit einem Hakenkreuz versehene Israel-Fahne verbrannt worden. An der Demonstration nahmen keineswegs nur AraberInnen oder deutsche Nazis teil, zur Teilnahme aufgerufen hatte auch ein Berliner Funktionär von ATTAC. Konsequenzen aus den antisemitischen Aktionen zogen die GlobalisierungsgegnerInnen nicht. Die Frauenabteilung von ATTAC rief einige Wochen später zu einer zweiten Demo auf, bei der ebenfalls Israel-Fahnen verbrannt wurden, Ariel Scharon als Faschist bezeichnet und »Wir wollen keine Judenschweine« geschrien wurde.



Als die antisemitische Demonstration an einer proisraelischen Gegendemonstration vorbeikommt, wird der Hitlergruß gezeigt.

Die Neuinterpretation der deutschen Geschichte durch die rot-grüne Bundesregierung und ihre zivilgesellschaftlichen Hilfstruppen zeigt also sowohl im deutschen Umgang mit dem Holocaust als auch im Verhältnis Deutschlands zu Israel ihre Ergebnisse. Für den Krieg gegen Jugoslawien als ersten Angriffskrieg der BRD nach der Kapitulation 1945 war Auschwitz schon als positiver Standortfaktor umgedeutet worden. Der Vernichtungsfeldzug der Nazis mahnte von nun an nicht mehr zu deutscher militärischer Enthaltsamkeit, zum Beispiel gegenüber früheren Nazi-Gegnern wie Serbien. Die deutsche Vergangenheit wird stattdessen zum Ansporn, weltweit militärisch aktiv zu werden, um Verletzungen

völkischer Menschenrechte der TerroristInnen zu verhindern. Zusätzlich konnte über diese Propaganda die Einzigartigkeit des Holocaust aus dem kollektiven Gedächtnis getilgt werden. Das Argumentationsmuster eines aus dem Holocaust gewonnenen Standortvorteils verfolgt der CDU-Verteidigungspolitiker Paul Breuer. Breuer habe prinzipiell keine Einwände gegen einen Bundeswehr-Einsatz im Nahen Osten, berichtet die BERLINER ZEITUNG vom 10.04.2002: »Historisch gesehen« sei das »eher eine Verpflichtung«. SPIEGEL-Titelstorys und ein Buch von Günter Grass definieren die Deutschen zuerst von Tätern zu Opfern um, damit sie dann anschließend die Juden von Opfern zu TäterInnen verwandeln können.

Die Juden haben im Staat Israel aus

guten Gründen Schutz gesucht vor dem besonders in Deutschland ausgeprägten, aber auch in anderen EU-Staaten vorhandenen Antisemitismus. Historisch passender wäre es wohl gewesen, das Ruhrgebiet und den Rhein-Main-Neckarraum – oder auch das komplette Deutschland – von den bisherigen EinwohnerInnen zu befreien und für einen militärisch gut aufgerüsteten israelischen Staat zur Verfügung zu stellen. Dieses ist jedoch nicht geschehen und hat der Welt sicher einige Grass- und Augstein-Publikationen über deutsches Leid erspart. Aus Deutschland erhalten die PalästinenserInnen pro Kopf einen höheren Betrag an Entwicklungshilfe als jedes andere Empfängergebiet. Auch aus den EU-Kassen fließen Millionen Euro in die Palästinensergebiete, und gerade in den letzten Wochen wurden noch weitere Zusagen gemacht.

Siebeneinhalb Millionen Euro hatte Deutschland für die Landbahnbeleuchtung und elektronische Ausrüstung des Flughafens Gaza gezahlt, das für antijüdische Hetzpropaganda und Mordaufrufe genutzte Gebäude des palästinensischen Rundfunks (3,3 Millionen Euro) wurde von der EU finanziert. Im Zuge des israelischen Kampfes gegen den Terror wurden sowohl Landbahn als auch Rundfunkgebäude zerstört. »Auf Euro und Cent« wolle man das Ausmaß der Zerstörung vorrechnen, sagte darauf Gunnar Wiegand, Sprecher des EU-Außenkommissars Chris Patten. Eine solche Addition der zerstörten EU-Projekte könnte sinnvoll sein, wenn sie als Selbsterkennntnis verstanden würde, wenn sie ein erster Schritt auf dem Weg zur Besserung der EU wäre. Die EU-AußenministerInnen haben

Auschwitz als Argument für deutsche Militäreinsätze gegen Israel

Ende Januar allerdings genau das Gegenteil erklärt: »Die Europäische Union appelliert an die israelische Regierung, diese Praxis zu beenden, und behält sich das Recht auf Schadensersatz in angemessener Form vor.« Die österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner (ÖVP) erklärte: »Es muss klar sein, dass die EU eine Schmerzgrenze hat.«

Überschritten ist die Schmerzgrenze wohl im wahrsten Sinne des Wortes für zwei amerikanische Juden, die in Berlin auf dem belebten Kurfürstendamm von einer arabischen Gang verprügelt wurden. Einer von ihnen musste ins Krankenhaus – ihren Aufenthalt in Deutschland beendeten die beiden vorzeitig. Anlässlich einer Veranstaltung von is-

frage' im Nahen Osten - ein Topos, der den endlich vom lästigen Holocaust-Komplex befreiten und re-nationalisierten Deutschen nicht unbekannt ist und den traditionell antisemitischen Russen auch nicht ungelegen scheint. Den Westeuropäern und Russen, die technologisch den Amerikanern sogar in einigem voraus sind, geht es vor allem um eine endgültige Verdrängung der Amerikaner aus dem Nahen Osten. Aber es geht ihnen noch um mehr: Um die Ausmerzung liberalen und westlichen Gedankengutes, um den Triumph einer Weltanschauung, in der die USA, Israel und die Juden als Hauptfeinde erscheinen und kompromisslos besiegt werden müssen.

Aus dem sehr empfehlenswerten Buch aus der Reihe Konkret-Texte: Hat Israel noch eine Chance? Palästina in der neuen Weltordnung.

Hrsg. Hermann L. Grem-liza. Hamburg 2001. ISBN 3-930786-32-X. Bestellung: <http://www.konkret-verlage.de/klv/bestell/gesamtKonkretTexte.php4> ...oder in jeder Buchhandlung

Im Überblick:
Ilka Schröder MdEP
schroeder@ilka.org
<http://www.ilka.org>

Postfach 080417
10004 Berlin
Fon +49. 30. 2277 1408
Fax +49. 30. 2277 6821
berlin@ilka.org

Rue Wiertz ASP 08 G 253
1047 Bruxelles
Belgien
Fon +32.2.28 474 49
Fax +32.2.28 494 49
bruxelles@ilka.org



Eine deutsch aussehende Mitbürgerin versucht die Last der Nazi-Vergangenheit ihrer Eltern- und Großelterngeneration durch Vergleich mit der Verteidigungsstrategie Israels gegen den antisemitischen Terror abzustreifen. Das geschieht jedoch nicht auf einem Aufmarsch der NPD, sondern auf einer Demo von palästinensischen und antiimperialistischen Gruppen am 13.04.2002 in Berlin.

rael-solidarischen radikalen Linken in Berlin skandierte eine arabische Gruppe »Juden raus«. Mit Messern ausgerüstet versuchte die gleiche Gruppe später, die israelfreundliche Veranstaltung zu sprengen. Brandanschläge auf Synagogen in Frankreich und Belgien machen die Bedrohung für Juden in Europa besonders deutlich.

Das Klima, in dem solche antisemitische Gewalt gedeihen kann, wird nicht zuletzt durch Resolutionen wie die des Europäischen Parlaments befördert.

Freuen kann sich dagegen die ständige Vertretung der Liga der arabischen Staaten in

EU-Millionen für Palästinenser – jetzt erst recht?

Brüssel. Sie hat mehr als eine Woche vor den ersten Anzeichen für eine EU-Nahost-Truppe allen Grund, »die europäischen Positionen im Hinblick auf die Unterstützung des palästinensischen Volkes und seiner gewählten Führer« zu begrüßen. Zwei Tage nach dem Lob kündigte EU-Kommissionspräsident Romano Prodi eine weitere Beihilfe in Höhe von fünf Millionen Euro an. Kein Grund zur Unzufriedenheit also – für die PalästinenserInnen.

Von der EU wurde außerdem nach jedem palästinensischen Attentat ein eigener Staat für die Terroristen gefordert – ein Ansporn für weiteres Blutvergießen durch palästinensische Terrorgruppen und ein Zeichen an unentschiedene und weniger militante PalästinenserInnen, dass die mörderische Strategie Erfolg versprechend ist. »Seht Ihr, so haben wir etwas erreicht, dieser Weg kann nicht falsch sein!« würden Hamas und andere später sagen, wenn sie die Existenz Israels mit dem Abschlichten von Juden endgültig beenden wollen.

Damit wäre Israel auch als einziger demokratischer Staat der Region zerstört. Wie an allen anderen Orten der Welt, kann auch in Israel die Grundrechtssituation sicherlich noch verbessert

werden. Fragwürdig erscheint es aber, wenn diese Forderung gerade aus jenen Staaten kommt, die aufgrund einer weit aus geringeren, nicht existenziellen und teilweise konstruierten Bedrohung ihre Grundrechte immer mehr abbauen. Außerhalb des europäischen Blickfeldes stehen hingegen zu oft dagegen die Zustände unter der palästinensischen Autonomiebehörde (PA).

Allein während der so genannten ersten Intifada von 1987 bis 1993 wurden von den Palästinensern 800 Personen als mutmaßliche Kollaborateure umgebracht. Im März

2002 wurde nach Angaben der israelischen Zeitung HA'ARETZ ein Lynchmord an dem Palästinenser Raif Laftawi begangen, der anschließend an einem Strommast in der Nähe von Arafats Hauptquartier in Ramallah aufgehängt und mit Steinen beworfen sowie beschossen wurde. Laftawi wurde palästinensischen Angaben zufolge vorgeworfen, israelischen Sicherheitsbeamten Hinweise auf den Aufenthalt von drei mutmaßlichen Terroristen der Tanzim-Miliz und der Force 17 gegeben zu haben. In der EU scheint es noch niemandem aufgefallen zu sein, dass ein eklatanter Widerspruch besteht zwischen Beteuerungen der palästinensischen Autonomiebehörde (PA), sie würde selbst den Terrorismus bekämpfen und Verurteilungen von eigenen Leuten als »Kollaborateuren«, die diese Terrorbekämpfung zivilgesellschaftlich in die Tat umsetzen.

Auch die Argumentation aus den Reihen der deutschen Friedensbewegung, man könne für Gespräche mit der palästinensischen Autonomiebehörde keine Waffenpause als Voraussetzung fordern, ist damit hinfällig. Die PA ist bei der Terrorbekämpfung nicht nur untätig, sie übernimmt sogar die Bestellung und Weiterleitung der irakischen 15.000



Während des Nationalsozialismus haben viele Deutsche von der großangelegten und geplanten Vernichtung der Juden angeblich nichts gewusst. Wer solche Schilder schreibt, hat wohl bis heute kein Wort davon gehört oder gelesen. Dabei verschickt die Bundeszentrale für politische Bildung aus Bonn sogar fast kostenlos Bücher, denen Grundlagen der deutschen Geschichte zu entnehmen sind.

US-Dollar-Prämien für Familien von SelbstmordterroristInnen. Selbst die Erstattung von Aufwendungen für die tödliche Ausrüstung der AttentäterInnen soll die PA übernehmen, wie in deren Hauptquartier gefundene Schriftstücke nach Darstellung der israelischen Armee beweisen. Auch in den Schmuggel von Waffen aus dem Iran mit dem Schiff Karine A war die Autonomiebehörde verstrickt.

Die von der EU schon lange propagierte Idee von einem palästinensischen Staat wird inzwischen vom UN-Sicherheitsrat und den USA unterstützt, und auch Israel selbst sah sich gezwungen, dergleichen nicht länger auszuschließen. Ein solcher Staat würde laut den Reden vieler vermeintlich Gutmeinender das friedliche Zusammenleben zwischen Palästinensern und Israelis fördern. Daran darf aber gezweifelt werden. Staatlichkeit ist kein Hindernis für Antisemitismus. Von vielen PalästinenserInnen wird der palästinensische Staat nur als Zwischenlösung bis zur vollständigen Vertreibung der Juden angesehen. Es gibt bereits genügend Nachbar-Staaten, die Israel vernichten wollen und dies in ihren eigenen, zum Beispiel im Schulunterricht verwendeten, Landkarten bereits vorweggenommen haben. Auf Demonstrationen für den palästinensischen Staat werden solche Landkarten schon jetzt hochgehalten. Der Antisemitismus in Deutschland, Ungarn, Spanien, Dänemark, Russland, Belgien, Frankreich und vielen anderen Staaten spricht ebenso gegen eine zivilisierende Wirkung von Staatsgründungen wie gegen eine anti-antisemitische Wirkung von zunehmendem Wohlstand. ◀

Konferenz
»Es geht um Israel«
Konferenz in Berlin,
10.–12. Mai 2002
www.israel-solidaritaet.com

Bahamas (Zeitschrift)
<http://www.redaktion-bahamas.de>

Jungle World (Wochezeitung)
<http://www.jungle-world.com/>

Konkret (Monatszeitschrift)
<http://www.konkret-verlage.de/>

Ha'aretz (Tageszeitung)
www.haaretzdaily.com

Jerusalem Post (Tageszeitung)
<http://www.jpost.com/>

Hagalil (Online- Informationsdienst)
<http://www.hagalil.de>

Israelische Botschaft
<http://www.israel.de/>

Informationsstelle Militarisation
<http://www.imi-online.de>